

Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

Für eine effiziente und nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland brauchen wir einen Bundesweiten Aktionsplan gegen Kinderarmut, der als schlüssiges Gesamtkonzept mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist und alle gesellschaftlichen Handlungsfelder umfasst. Kinder haben nach den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf ein soziokulturelles Existenzminimum, das ihnen die Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglichen soll.

Wir müssen feststellen, dass weder die notwendige Einführung einer Kindergrundsicherung, noch Maßnahmen in der Gesundheits- oder Bildungspolitik zur Bekämpfung der Kinderarmut derzeit auf der bundesdeutschen Regierungsagenda stehen. Es fehlen Maßnahmen zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit ebenso wie eine Stadtentwicklungsplanung zur Unterstützung benachteiligter Stadtquartiere oder Initiativen für mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Deshalb brauchen wir zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland dringend einen Politikwechsel in diesem Bereich, der durch eine solidarischere Steuer- und Finanzpolitik finanziert werden sollte.

Finanzielle Unterstützungsleistungen

Durch die derzeitigen Hartz IV-Regelsätze und die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wird die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien nicht ausreichend gewährleistet. Es fehlt den Kindern und Jugendlichen häufig an Dingen, die für andere Kinder selbstverständlich sind: eine gesunde Ernährung, ausreichend Winterkleidung oder ein eigenes Zimmer. Deshalb ist es in einem ersten Schritt notwendig, die Regelsätze durch eine deutliche Anhebung armutsfest zu machen. Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern und Familien mit Migrationshintergrund, die in besonderem Maße von Armut betroffen sind, brauchen mehr Unterstützung als bisher. Dabei bietet die Reform von zielgerichteten Leistungen, wie dem Kinderzuschlag und dem Unterhaltsvorschuss, einen ersten Ansatz. Langfristig sollten die finanziellen Unterstützungsleistungen in einer Kindergrundsicherung münden.

Bildungsgerechtigkeit

Das Deutsche Kinderhilfswerk vermisst an vielen Stellen den politischen Willen, sich dem drängenden, strukturellen Problem der schlechten Bildungschancen von Armut betroffener Kinder in Deutschland anzunehmen. Das Problem der Bildungsbenachteiligung ist skandalös und hängt Deutschland nun schon seit vielen Jahren nach. Dabei ist auch in der Politik hinlänglich bekannt: Bildung ist als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und für den chancengerechten Zugang zu einer angemessenen beruflichen Entwicklung nachweislich von entscheidender Bedeutung. Fortschritte in diesem Bereich sind bisher aber kaum ersichtlich. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wurde ein Bürokratiemonster geschaffen, von dem viele Kinder trotz Anspruch nicht profitieren. Gleichzeitig hat sich mit der Ausweitung des Nachhilfeunterrichts ein privat finanziertes Unterstützungssystem neben dem öffentlichen Schulsystem etabliert, zu dem vor allem Kinder aus wohlhabenden und höher gebildeten Familien Zugang haben. Damit verschärft sich die Chancenungerechtigkeit unseres Bildungssystems tendenziell. Auch bei der Integration von Flüchtlingskindern gewinnt der Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft verstärkt an Bedeutung. Viele der aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns geflüchteten Kinder und Jugendlichen haben einen großen Nachholbedarf an schulischer Bildung. Hier müssen wir

schnellstens handeln, um ihnen den Anschluss an das Wissen und die Kompetenzen ihrer Altersgenossen zu ermöglichen. Das Deutsche Kinderhilfswerk hat starke Zweifel, ob diese Herausforderungen mit dem derzeit gesetzlich fixierten Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im schulischen Bereich gelingen. Hier sollten wir deshalb zu anderen Lösungen kommen. Das sieht nach den Zahlen des Kinderreports 2016 auch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land so.

Stadtentwicklungsplanung zur Unterstützung benachteiligter Stadtquartiere

Eine Studie des Deutschen Kinderhilfswerkes hat die Qualität von Spiel- und Aufenthaltsräumen im Wohnumfeld von Kindern untersucht. Wie zugänglich sind Spielorte in der Umgebung, wie gefahrlos können sich Kinder dort bewegen, treffen sie dort Spielgefährten und werden sie zum gemeinsamen Spiel angeregt? Die Ergebnisse zeigen, dass es in Wohngebieten mit schlechter Aktionsraumqualität bei vielen Kindern zu einer Verzögerung ihrer sozialen Entwicklung kommt. Kinder in Gebieten mit schlechter Wohngebietsqualität stehen vielfach auf der Verliererseite, räumliche Trennung und soziale Benachteiligung sind oftmals gemeinsam anzutreffen, sie verstärken sich gegenseitig und verfestigen damit soziale Ungleichheit. Wer die Startbedingungen von Kindern aus finanziell benachteiligten Verhältnissen verbessern will, darf deshalb nicht allein an der Höhe von Regelsätzen oder am Schulsystem ansetzen. Auch das Wohnumfeld mit seinen Chancen und Restriktionen ist von großer Bedeutung. Positive Veränderungen in diesem Bereich haben weitreichende Auswirkungen für die Entwicklung von Kindern zu mehr Selbständigkeit und Kreativität. Stadtentwicklungsplanung hat somit auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Zudem kann mehr sozioökonomische Durchmischung der Bevölkerung in Wohngebieten einen Beitrag zur gesellschaftlichen Inklusion benachteiligter Milieus leisten und damit von Armut betroffenen Kindern Teilhabechancen bieten.

Kinder- und Jugendarbeit

Für die Kinder- und Jugendarbeit stehen derzeit nur rund 10 Euro monatlich pro Kind zur Verfügung. Das ist viel zu wenig. Durch diese chronische Unterfinanzierung müssen immer wieder Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen ihre Arbeit einstellen. Das ist insbesondere für von Armut betroffene Kinder ein großes Problem. Denn diese Kinder leiden aufgrund ihrer oftmals erhöhten Förderbedarfe besonders unter einer schlechten finanziellen Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit. Armut stellt für Kinder ein bedrohliches Entwicklungsrisiko dar. Es ist deshalb erforderlich, dass alle Beteiligten der Kinder- und Jugendarbeit eine besondere Empathie für diese Gruppe entwickeln. Das ist jedoch nur möglich, wenn entsprechende Personal- und Ausstattungsressourcen vorhanden sind – in Jugendzentren, Verbänden, Zirkusprojekten und Zeltlagern, auf dem Abenteuerspielplatz, auf der Straße, an Szenetreffpunkten oder im Spielmobil.

Frühkindliche Beteiligung

Die frühe Beteiligung von Kindern durchbricht den Kreislauf der Vererbung von Armut. Der Kinderreport 2012 des Deutschen Kinderhilfswerkes zeigt, dass Kinder durch Mitbestimmung schon in jungem Alter soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark machen. Für Kinder aus benachteiligten sozialen Lagen ist es also von besonderer Bedeutung, schon im jungen Alter in der Kita entsprechende positive Erfahrungen machen zu können. Durch frühe Mitbestimmung können die Kinder die Folgen von sozialer Benachteiligung kompensieren. Das Deutsche Kinderhilfswerk konnte im Kinderreport 2012 zeigen, dass Kinder desto stärker und somit resilienter werden, je mehr sie an Entscheidungen, Planungen und Abläufen in Kindertageseinrichtungen beteiligt werden. In zahlreichen Interviews berichteten Eltern und Erzieherinnen immer wieder, dass gute Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kita für die Kinder förderliche Wirkungen haben. Die Kinder erkennen und strukturieren Problemsituationen realitätsgerechter, sie lösen Konflikte eigenständiger und nachhaltiger, sie reagieren in belastenden Situationen gelassener und sie können ihre Meinung nachhaltiger und klarer vertreten. All dies sind im Übrigen notwendige Kompetenzen für eine nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitbestimmung der Kinder.